

Jörn Thielmann

Der Fluch von Öl und Gas Zur politischen Ökonomie Algeriens

Seit dem gewaltsamen Eintritt Algeriens in die Moderne durch die französische Kolonialisierung ab Juni 1830 ist seine Geschichte durch Konflikte um Ressourcen bestimmt. Ging es zunächst um die fruchtbarsten landwirtschaftlichen Zonen, die sich die französischen Kolonialisten gewaltsam aneigneten, so wurde später die Sahara mit ihren Öl- und Gasvorkommen zum Objekt von Auseinandersetzungen. Beide grundlegenden Ressourcenkonflikte haben die Politik, die Ökonomie und nicht zuletzt die Gesellschaft Algeriens entscheidend geprägt und bestimmen sie noch immer. Im folgenden werde ich zunächst kurz auf zentrale Aspekte der französischen Kolonialisierung eingehen, bevor ich in einem Gang durch die Geschichte von Öl und Gas in Algerien die unterschiedlichen Strategien der Aneignung und Inwertsetzung dieser wichtigen Ressourcen und die Konflikte darum darstelle und analysiere.

1. Die koloniale Situation ab 1830

Durch die Anwendung der Eigentumsrechte des französischen *Code Napoléon* auf Algerien wurden die lokalen Besitzrechte – das traditionelle nordafrikanische Recht kannte kein Privateigentum an Grund und Boden – aufgehoben und das beste Land zugunsten der Kolonisten enteignet. Es kam so zu einer ungeheuren Akkumulation von Ressourcen, nämlich aller Ländereien, die eine produktive Landwirtschaft ermöglichten, auf der einen, der französisch-europäischen Seite, und einer Verarmung und Auflösung aller Sozialstrukturen und Ordnungen auf der anderen, der algerischen Seite. Enteignungen wurden auch als Kriegskontributionen für von den Stämmen geleisteten Widerstand durch die Kolonialarmee verfügt.

Muslimische Algerier waren Bürger zweiter Klasse in ihrem eigenen Land, da sie nur „sujets français“, französische Untertanen, nicht aber „citoyens français“, französische Bürger, waren und so kollektiv diskriminiert wurden. Nur wenn sie auf die Anwendung des islamischen Rechts im Bereich des Familien- und Zivilrechts verzichteten, konnten sie – bei Erfüllung weiterer Bedingungen – französische Staatsbürger werden. Angesichts der scharfen sozialen Sanktionen der algerischen Gesellschaft bei einem solchen Schritt optierte aber nur

eine kleine Minderheit dafür. Auch die autochthonen Bildungsinstitutionen wurden zerstört, da sie in der Regel durch religiöse Stiftungen (*waqf*, *habous*) getragen wurden, deren Ländereien nun beschlagnahmt wurden. Französisch wurde Amtssprache, Arabischunterricht in der Schule verboten und Koranschulen geschlossen. Die Algerier sollten so an die französische Kultur assimiliert werden.

Die französische Kolonialzeit setzte in gewisser Hinsicht die Zeit der osmanischen Regenten in Algerien (1525-1830) fort. Bereits damals waren die Algerier nicht an der Politik ihres Landes beteiligt. Die Franzosen übernahmen einiges von den vorhandenen Strukturen: Die *beyliks* wurden zu *départements*, die dann verfassungsmäßig Teil der französischen Republik wurden. Anders als die Osmanen zerstörten die Franzosen aber die im ländlichen Algerien dominanten aristokratischen Dynastien, zu einem geringeren Teil kooptierten sie sie auch. Früher unabhängige Bauern wurden zu Tagelöhnern auf ihren eigenen Ländereien. Denn die nun entstehende koloniale Landwirtschaft, die vor allem Produkte für den Export anbaute (Zitrusfrüchte, Wein, Frühgemüse und Getreide), benötigte nur eine große Zahl an Saisonkräften. Vor allem die Reblausepidemie in Europa in den 1870er Jahren, welche die französische Weinproduktion um zwei Drittel zurückgehen ließ, sorgte für eine Transformation der Agrarwirtschaft in Algerien und machte Wein zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1962 zum Hauptexportgut. Dauerhafte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entstanden dadurch aber kaum. Die Industrie spielte so gut wie keine Rolle, denn die Zollunion mit Frankreich verhinderte das Entstehen eigener Industrien in Algerien, verstärkt durch die Sorge der Agrarbourgeoisie, dass ein industrieller Sektor die Löhne in der Landwirtschaft in die Höhe treiben würde, und dass, schlimmer noch, gewerkschaftliche Organisationsformen entstehen könnten. Algerien befand sich so in völliger Abhängigkeit von der Metropole. Eine eigene nationale Ökonomie konnte so, auch nach der Entdeckung von Öl und Gas in den 1950er Jahren, nicht entstehen (vgl. zu diesem ganzen Komplex Elsenhans 1999: 146-165; Ageron 1999: 10-72).

Viele Beobachter der algerischen Kolonialgeschichte (so z.B. Ruf 1997: 12-28) sehen hier eine politische Kultur der Gewalt als bestimmend am Werk, die das kollektive Gedächtnis der Algerier geprägt hat. Der französische Siedlungskolonialismus beruhte auf gewaltsamer Enteignung und Vertreibung der Algerier und der Inbesitznahme des Landes. Der anti-koloniale Befreiungskampf musste sich das Land wieder aneignen. Kompromisse konnte es hier nicht geben. Außerdem griffen die Franzosen immer wieder nach Aufständen zu offener Gewalt und Massenexekutionen, so wie nach den Unruhen am 8. Mai 1945, als nach gewaltsamen Demonstrationen mit einigen Toten durch die militärische Reaktion Frankreichs schätzungsweise 40.000 Menschen ums Leben kamen. Allerdings durften die algerischen Untertanen in beiden Weltkriegen zwangsrekrutiert als „Kanonenfutter“ dienen und mussten nach Kriegsende in

der französischen Industrie arbeiten, eine Erfahrung, die ebenfalls zum Gefühl der Demütigung, Erniedrigung und Ausbeutung beitrug, welches den algerischen Nationalismus so rigoros machte und macht.

So organisierte sich der algerische Nationalismus 1926 im „Nordafrikanischen Stern“ (*Étoile nord-africaine*) als erstes unter den algerischen Arbeitern in Frankreich. Dessen Gründer, Messali Hadj, war einer der zwangsrekrutierten algerischen Arbeiter und Mitglied der französischen kommunistischen Partei, wurde allerdings samt dem Nordafrikanischen Stern wegen der starken Betonung der Nation (vor der Klassenzugehörigkeit) aus dieser ausgeschlossen. Neben der völligen Unabhängigkeit Algeriens werden die arabische Sprache sowie die islamische Religionszugehörigkeit die wesentlichen Elemente des algerischen Nationalismus und zur Grundlage der „algerischen Persönlichkeit“.

Die zweite Organisation war die „Vereinigung der reformistischen Religionsgelehrten von Algerien“, der *Association des Oulémas réformistes d'Algérie*, die von Scheich Abd el Hamid Ben Badis 1931 in Algier gegründet wurde. Kernpunkt war die moralische Erneuerung der algerischen Gesellschaft durch eine islamische Reform im Sinne al-Afghanis und Muhammad Abduhs. Zu diesem Zweck drängten ihre Mitglieder in Prediger- oder Imamstellen und gründeten Koranschulen, in denen aber allgemeiner Unterricht auf Arabisch abgehalten und vor allem auch algerische Geschichte unterrichtet wurde. Diese Vereinigung prägte den Slogan des algerischen Nationalismus: „Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“, der alle negativen Erfahrungen (der Islam diskriminiert, Arabisch verboten, Algerien kolonialisiert) der Algerier ins Positive wendet.

Eine dritte Strömung wurde von bürgerlichen Intellektuellen unter Ferhat Abbas gebildet. Sie war, da stark von Frankreich geprägt, zumindest im Ton moderater. Zunächst wollte diese Strömung eine Lösung innerhalb Frankreichs, also Gleichberechtigung für die algerischen Untertanen innerhalb des französischen Staates und keinen eigenständigen algerischen Staat. Diese Haltung änderte sich aber nach den blutigen Erfahrungen des Mai 1945. Ferhat Abbas schloss sich während des Unabhängigkeitskrieges dem *Front de Libération nationale* (FLN) an.

Aus einer der Nachfolgeorganisationen des 1937 verbotenen Nordafrikanischen Sterns, dem *Mouvement pour le triomphe des libertés démocratiques* (Bewegung für den Triumph der demokratischen Freiheiten, MTLD), entstand gleich bei dessen Gründung 1946 eine Geheimorganisation, um den regelmäßigen Verboten durch die Kolonialbehörden begegnen zu können. Aus dieser Geheimorganisation bildete sich Anfang 1954 das „Revolutionäre Komitee für Einheit und Handeln“ (*Comité révolutionnaire pour l'Unité et l'Action*), welches dann am 1. November 1954 als Nationale Befreiungsfront (*Front de Libération nationale*, FLN) den bewaffneten Befreiungskampf begann. Dass er so blutig und lange geführt wurde, hängt zum einen mit der gerade knapp skiz-

zierten brutalen Kolonialgeschichte, zum anderen mit den seit Ende der 1950er Jahre gemachten Entdeckungen von Öl und Gas in der algerischen Sahara zusammen. Davon soll nun die Rede sein.

2. Der Unabhängigkeitskampf und das freie Algerien: Die Geschichte von Öl und Gas bis zu den algerisch- französischen Verträgen von 1965

Die Existenz von offenen Ölquellen in dem Gebiet des heutigen Algeriens ist seit der Antike bekannt. Ein geologisches Potential war also anzunehmen. Nachdem die beiden Weltkriege die Bedeutung des Erdöls für die moderne Kriegsführung deutlich gemacht hatten, gründete der französische Staat im Oktober 1945 das Büro für Erdölforschung (*Bureau de Recherches des Pétroles*) und im Folgejahr die staatliche Ölgesellschaft *SN Repal*, die die Erdölvorkommen in Algerien suchen und ausbeuten sollte. Ab Oktober 1952 wurden die ersten Explorationskonzessionen an mehrheitlich französische Firmen, die zum Teil auch Staatsfirmen waren, vergeben. Erst nach Ausbruch des Befreiungskrieges wurden die ersten Entdeckungen gemacht: Im Januar 1956 wurde in Enjeleh das erste Ölfeld entdeckt, das seit 1960 in Produktion ist und dessen Öl via Pipeline zum tunesischen Hafen La Skhirra transportiert wird. Im Juli 1956 folgte das gigantische Ölfeld von Hassi Messaoud (produziert seit 1958), im November dann das riesige Gasfeld von Hassi R'Mel (produziert seit 1961) (vgl. Cornet 1960; Mahiout 1974; Schliephake 1975).

Die schiere Größe der beiden letzten Vorkommen erklären sofort, warum der französische Staat die Saharafrage im Laufe des Unabhängigkeitskrieges für so strategisch wichtig hielt und um jeden Preis die Kontrolle über die Öl- und Gasvorkommen behalten wollte. Diese sollten zum Aufbau einer nationalen und gegenüber dem internationalen Ölkartell mit anglo-amerikanischer Dominanz autarken französischen Ölindustrie genutzt werden, die sowohl aus staatlichen wie privaten Firmen bestand.

Zunächst waren die „Ereignisse“ vom November 1954 als nicht so bedeutend eingeschätzt worden. Der Präsident des Ministerrats, Pierre Mendès France, erklärte am 12. November vor dem Parlament: „Algerien ist seit langem französisch. Es ist also keine Abspaltung vorstellbar“. Und Innenminister François Mitterand, der nachmalige Präsident, fügte hinzu: „Meine Politik wird durch drei Worte bestimmt: Willen, Entschlossenheit, Präsenz“ (nach Stora 2001: 13). Frankreich reagierte mit einer deutlichen Erhöhung seiner Sicherheitskräfte sowie mit verschiedenen Reformmaßnahmen wie der Schaffung einer Verwaltungsfachschule in Algier, der Reduktion des Lohnabstandes zwischen Europäern und Algeriern oder baulichen Infrastrukturmaßnahmen. Es ist hier zu betonen, dass 1954 unter 2.000 Verwaltungsbeamten in Algerien nur acht Beamte muslimische Algerier waren.

Bis Mitte 1955 versuchte der neue Generalgouverneur, der Ethnologe Jacques Soustelle, in Gesprächen und mit Reformideen die „Rebellion“, wie viele Franzosen den Befreiungskampf nannten, zu beenden. Doch bereits die hohe Wahlenthaltung bei den Kantonalwahlen im April hatte die Macht des FLN gezeigt. Und am 20. August 1955 (dem Jahrestag der Absetzung des marokkanischen Sultans Muhammad V. durch die Franzosen) kam es in der nördlichen Region Constantine zu einem flächendeckenden Aufstand, der 123 Tote, darunter 71 Europäer, forderte. Soustelle ließ nun der Armee freie Hand. Frankreich trat mit der Einberufung von 60.000 Reservisten in den Krieg mit dem FLN ein.¹ Die direkte militärische Reaktion kostete ca. 12.000 Menschen das Leben und brachte die Algerienfrage am 30. September 1955 auf die Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der Konflikt internationalisierte sich. Um freie Hand in Algerien zu bekommen, entließ Frankreich seine Protektorate Marokko (November 1955) und Tunesien (März 1956) in die Unabhängigkeit.

1956 wurde nicht nur zum Jahr der Öl- und Gasentdeckungen, sondern zugleich zum Jahr eines totalen Krieges, der sich 1957 sogar noch steigerte („Schlacht von Algier“). Folter und Morde durch die französischen Sicherheitskräfte waren an der Tagesordnung, Lager wurden eingerichtet, in denen Zehntausende von Algeriern ohne Gerichtsverfahren verschwanden. In Paris stürzte eine Regierung nach der nächsten, so dass die durchaus vorhandenen Bemühungen, zu einem politischen Kompromiss zu kommen, an der Instabilität der politischen Verhältnisse scheiterte. Die IV. Republik war in einer tiefen Krise. In diesem Kontext ereignete sich außerdem die Suezkrise 1956, in der britische, israelische und eben auch französische Truppen die Suezkanalzone besetzten, diese allerdings auf US-amerikanischen und sowjetischen Druck wieder räumen mussten. Anfang 1958 war die Situation militärisch zwar halbwegs unter Kontrolle und die Zahl der Attentate deutlich reduziert, aber politisch war die Situation offener als zuvor.

Ende Mai 1958 akzeptierte General de Gaulle die vor allen von algerisch-französischen Kreisen in einem Putschversuch erhobene Forderung, eine neue Regierung zu bilden. Erwartet wurde, dass de Gaulle Algerien bei Frankreich hält. Am 4. Juni war er bereits in Algier und erklärte: „Ich habe Sie verstanden.“ Die Geschichte nahm allerdings einen anderen Verlauf, als die Algerienfranzosen erwartet hatten. Am 19. September 1958 wurde eine „Provisorische Regierung der Republik Algerien“ (GPRA) unter Ferhat Abbas gebildet, die von etlichen Staaten weltweit völkerrechtlich anerkannt wurde. De Gaulle verkündete dann im Oktober den sogenannten *Plan de Constantine* mit einem ambitionierten Entwicklungsprogramm, um Algerien bei Frankreich zu hal-

1 Bis zum Kriegsende 1962 hatten eine Million Franzosen Militärdienst in Algerien geleistet. 100.000 von ihnen wurden getötet oder verwundet (vgl. Stora 2001: 87-91).

ten.² Dieser Plan hinterließ zwar Spuren bis in die Wirtschaftspolitik des jungen unabhängigen Algerien hinein, konnte aber keine politische Wende in der Debatte über (und den Kampf für) die Unabhängigkeit bewirken. Auch der von de Gaulle angebotene *paix des braves*, der Frieden der Rechtschaffenen, löste den politischen Knoten nicht. Militärisch ging er mit harter Hand vor: Entlang den Grenzen zu Marokko und Tunesien wurden große Sperranlagen (*Ligne Morice*) errichtet, um den Grenzübertritt der außerhalb Algeriens stationierten Truppen der *Armée de libération nationale*, der ALN, zu verhindern. Zugleich wurde in Algerien ein Militärbezirk (*wilaya*) nach dem anderen von der französischen Armee auf der Suche nach Kämpfern der ALN durchkämmt und ihre Zahl deutlich reduziert. Dennoch sollte es unter de Gaulles Führung in der neuen V. Republik zu einer Verhandlungslösung kommen.

An dieser Stelle sind einige Bemerkungen über die Struktur und Entwicklung des algerischen Unabhängigkeitskampfes nötig. Der FLN war zunächst nicht die einzige Widerstandskraft und auch nicht die größte. Wie bereits erwähnt, entstand der FLN aus einer der Nachfolgeorganisationen des *Nordafrikanischen Sterns*, dem MTLD. Der Gründer des Nordafrikanischen Sterns, der legendäre Messali Hadj, schuf aus Teilen des MTLD die *Algerische Nationalbewegung* (*Mouvement national algérien*, MNA), die ebenfalls bewaffnete Aktionen unternahm und erheblich größer war als der FLN. Dennoch schaffte es der FLN, sich sofort in der französischen wie internationalen Öffentlichkeit als der Repräsentant des algerischen Widerstandes zu etablieren, so dass ihm auch Aktionen des MNA zugeschrieben wurden. Prozesse gegen und Exekutionen von MNA-Aktivist*innen in Frankreich wurden nicht wahrgenommen. Dies liegt, wie Mohammed Harbi (nach Ruf 1997: 57) meint, wohl an dem französischen Mythos einer geeinten Résistance (gegen Nazideutschland) und an dem Unbehagen des nasseristischen Ägyptens, das den FLN massiv unterstützte, gegenüber einem Pluralismus im Widerstand. Hinzu kommen die Wirkung der bürgerlich-liberalen Führer der FLN-Exilregierung Ferhat Abbas und Ben Khedda auf die internationale Öffentlichkeit und der starke Einfluss von Frantz Fanons³ anti-kolonialistischen Schriften auf die linke und linksliberale Öffentlichkeit weltweit. Der FLN schuf außerdem verschiedene Verbände und

2 Im Rahmen dieses Plans sollten 25.000 Hektar Land an algerische Bauern verteilt werden. Große Stahl- und Chemiewerke sollten entstehen und Wohnungen für eine Million Menschen gebaut werden. 400.000 neue Arbeitsplätze sollten geschaffen werden und zunächst zwei Drittel, nach drei Jahren dann alle algerischen Kinder und Jugendlichen beschult werden. Schließlich sollten in Algerien die gleichen Arbeitsrechte und Gehälter gelten wie in der Metropole (vgl. Stora 2001: 76).

3 Der aus Martinique stammende französische Psychiater Frantz Fanon, der auch in der französischen Résistance gekämpft hatte, und seit 1953 Chefarzt einer psychiatrischen Klinik bei Algier war, schloss sich früh dem FLN an und verfasste einen der zentralen programmatischen Texte des Antikolonialismus, *Die Verdammten dieser Erde*, der in viele Sprachen übersetzt wurde und bis heute immer wieder neu aufgelegt wird. Dass Jean-Paul Sartre zu diesem Text ein Vorwort verfasst hat, wird seiner Publizität zusätzlich gedient haben.

Organisationen in Algerien und Frankreich (die Gewerkschaft UGTA, Schüler- und Studentenverbände, einen französischen Unterstützerkreis) und baute darüber hinaus ein europaweites Netzwerk von Unterstützern auf, die ihn mit Geld und Waffen versorgte. So hielt er u.a. engen Kontakt zur SPD (Scheffler 1995). Im August 1956 hielt der FLN in Algerien im Tal von Soummam einen politischen Kongress ab, bei dem ein *Nationales Komitee der algerischen Revolution* (*Comité national de la révolution algérienne*, CNRA) als politische Leitung gebildet und der Primat der Politik über das Militär festgelegt wurde. Da nicht alle Gruppen aus dem In- und Ausland eingeladen waren, und auch nicht alle Eingeladenen kommen konnten, entstanden im Anschluss enorme Spannungen innerhalb des FLN. Der Organisator dieses Kongresses, Abbane Ramdane, wurde denn auch im Dezember des Folgejahres von anderen FLN-Führern ermordet (vgl. Roberts 1993).

Die Rivalitäten zwischen dem MNA und dem FLN – und auch innerhalb des FLN – wurden gewaltsam ausgetragen, bis sich der FLN als Alleinvertreter durchsetzte. So kamen allein in Frankreich etwa 4.000 Menschen ums Leben (vgl. Ruf 1997: 58). Harbi nennt 13 Personen aus der obersten Führung des FLN, die bei internen Auseinandersetzungen getötet wurden.

Im Bereich des Öl- und Gassektors, der von den Kriegshandlungen unberührt blieb, kam es zunehmend zu ausländischen Aktivitäten. Auch deutsche Firmen (Wintershall, Preussag, DEA, u.a.) engagierten sich. Ab 1959 ist eine Zunahme der Förderung zu beobachten; das Öl wird via Pipeline entweder zum algerischen Hafen Bejaia oder zum tunesischen Hafen La Skhirra gebracht. Neue Entdeckungen wurden allerdings in Algerien vorerst nicht gemacht.

Es stellte sich in dieser Zeit auch heraus, dass sich keine französische autarke Ölwirtschaft mit Hilfe des algerischen Öls aufbauen ließ, da das algerische Öl zwar einerseits von ausgezeichneter Qualität ist (leicht, schwefelarm), diese Zusammensetzung aber andererseits nicht den Marktanforderungen entsprach, wo im Zusammenhang mit dem Wechsel von Kohle zu Öl vor allem schweres Heizöl nachgefragt wurde. Die französische Ölwirtschaft musste diesen Bedarf aus anderen Quellen decken und zudem versuchen, die Überkapazitäten an Benzin zu vermarkten, was sich als sehr schwer bis unmöglich herausstellte. Der Versuch, das Saharaöl als Hauptquelle der sich bildenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für alle Mitgliedsstaaten durchzusetzen, scheiterte. Das französische Kapital und die teils staatliche, teils private Ölwirtschaft hatten deshalb Ende der 1950er Jahre kein Interesse mehr an einer direkten französischen Herrschaft über Algerien und wollte nur ihre wirtschaftlichen Interessen im Land abgesichert haben. Ihre Ölintereessen diversifizierten, u.a. auch stark in den Irak (Elsenhans 1999: 311-317). Libyen betrat zu diesem Zeitpunkt ebenfalls den europäischen Markt und offerierte interessante Bedingungen: Eine besser an die europäischen Bedürfnisse angepasste Ölqualität sowie erheblich kürzere Wege von den Ölförderstellen zu den Häfen als in Algerien.

Der FLN hatte, wie auch Rédha Maleks Erinnerungen an die Verhandlungen zwischen dem FLN und den französischen Regierungen zeigen (Malek 1995), zwar früh die französischen Wirtschaftsinteressen in Algerien anerkannt (vgl. auch Elsenhans 1999: 319), konnte aber, was die algerische Souveränität über die Sahara anlangte, keine Kompromisse eingehen. Die Franzosen wiederum konnten, solange sie die Politik eines Ölnationalismus verfolgten, an diesem Punkt keine Konzessionen machen. Erst als Frankreich diese Politik Ende 1960 aufgab, waren Kompromisse und ein Abkommen mit dem FLN möglich. Im März 1960 hatte Präsident de Gaulle bereits von einem „algerischen Algerien“ gesprochen. Im Juni empfing er den FLN-Führer von *Wilaya IV* (Algier) im Elysée-Palast und bot Verhandlungen an. Im November 1960 schließlich deutete de Gaulle in einer Rede die Möglichkeit eines künftigen unabhängigen Algerien an. Dies führte zu der Gründung einer terroristischen Organisation der Algerienfranzosen, der OAS (*Organisation armée secrète*), die in Algerien wie in Frankreich Attentate verübten, vor allem auch noch kurz vor der Unabhängigkeit, als sie wahllos auf den Straßen von Algier Passanten ermordete und schließlich die Universitätsbibliothek von Algier in Brand steckte.

Seit Juni 1960 gab es an verschiedenen Orten in der Schweiz und in Frankreich direkte Verhandlungen zwischen dem FLN und Frankreich, minutiös protokolliert von Rédha Malek (1995). Zentrale Streitpunkte waren auf algerischer Seite die volle Souveränität über das gesamte algerische Territorium, einschließlich der Sahara und ihrer Ressourcen. Die Franzosen wollten zum einen die Kontrolle über die Sahara behalten, zum anderen wollten sie weitreichende Garantien für französische Bürger in Algerien. Zum Zwecke dieser Kontrolle hatten sie im Januar 1957 eine *Gemeinsame Organisation der Sahara-Regionen* (*Organisation commune des régions sahariennes*, OCRS) gegründet, deren Zuständigkeitsbereich sich über Teile Algeriens, Mauretaniens, Mali (damals Französischer Sudan), Niger und Tschad erstreckte und die Region vor dem alleinigen Zugriff eines unabhängigen Algerien bewahren sollte. Für die OCRS und die Sahara wurde ein eigener *Code pétrolier saharien* verabschiedet, der den rechtlichen Rahmen für Exploration, Entwicklung, Förderung und Transport von Öl und Gas schuf (vgl. Aïssaoui 2001: 57f).

Am Ende der Verhandlungen schrieben die Verträge von Evian, die am 18. März 1962 unterzeichnet wurden, die bevorzugte Stellung französischer Ölinteressen in Algerien für sechs Jahre fest.⁴ So behielten die französischen Firmen Vorzugsrechte bei der Vergabe neuer Konzessionen. Alle Zahlungen im Öl- und Gassektor wurden in französischen Francs abgewickelt. Allerdings erhielt Algerien die volle Souveränität über das gesamte Territorium sowie die französischen Anteile an *SN Repal* (56 %), an der Raffinerie in Algier (56 %) und an der Gasverflüssigungsanlage CAMEL in Arzew (20 %). Die Regeln des

4 Siehe für den integralen Text der Verträge von Evian Malek (1995: 313-365, bes. 343-348).

Sahara Code pétrolier saharien galten fort. Algerien und Frankreich kooperierten zu gleichen Teilen im neu geschaffenen *Organisme Saharien*, der bei allen relevanten Fragen der Gesetzgebung sowie der Vergabe von Konzessions- und Transportrechten beratend tätig sein sollte. Alle Industrieinteressen, Konzessionen und Verträge mit internationalen Firmen blieben bestehen. Über den Öl- und Gasbereich hinaus behielt Frankreich für 15 Jahre eine Marinebasis in Mers el-Kebir bei Oran sowie auf fünf Jahre seine Nuklearanlagen in der Sahara, wo die Tests für die französischen Atombomben stattfanden. Im Gegenzug sicherte Frankreich weitere Wirtschafts- und Finanzhilfe zu, vor allem bei der Fortsetzung des Plans von Constantine. Außerdem wurde eine enge kulturelle Kooperation vereinbart.

Nach Abschluss der Verträge kam es zu gewaltsamen Versuchen von Algerienfranzosen und der OAS, die Kontrolle über Algerien zu erlangen und durch eine Politik der verbrannten Erde wenigstens so viel Infrastruktur wie möglich vor der Unabhängigkeit zu zerstören. Der FLN reagierte auf die blutigen Anschläge der OAS mit Vergeltungsmaßnahmen. Eine provisorische Regierung organisierte ein Referendum für den 1. Juli 1962, bei dem eine überwältigende Mehrheit für die algerische Unabhängigkeit votierte. Am 3. Juli wurde Algerien von Frankreich als unabhängiger Staat anerkannt.

Zur Überraschung von sowohl dem FLN als auch Frankreichs kam es zwischen März und Juli 1962 aus Furcht vor dem FLN zu einer Massenflucht der Europäer aus Algerien. 90 Prozent von ihnen verließen Algerien; allein im Juni 1962 waren es über 300.000 Menschen. Das bedeutet einen Bevölkerungsverlust von 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dies stellte das junge Algerien vor schwere Probleme, verlor es damit doch nahezu alle Verwaltungsfachleute, Akademiker, Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Unternehmer, Banker usw. Fabriken und Geschäfte wurden geschlossen, landwirtschaftliche Betriebe verlassen. Darüber hinaus gab es eine massive Kapitalflucht.

Dabei hatte Algerien sowieso schon mit massiven sozialen Problemen zu kämpfen. Über zwei Millionen Algerier auf dem Lande waren während des Unabhängigkeitskrieges zwangsweise umgesiedelt wurden. Noch mehr Algerier waren vor der Gewalt in die Städte geflohen. Es gab 70 % Arbeitslosigkeit bei der männlichen arbeitsfähigen Bevölkerung. Vier Fünftel waren Analphabeten. Zugleich waren 47 % der gesamten Bevölkerung jünger als 15 Jahre, denn Algerien hatte (und hat bis heute) eine der höchsten Geburtenraten der Welt.

Innerhalb des FLN traten bereits vor dem Juli 1962 die inneren Spaltungen deutlich zum Vorschein. Diese bestanden zum einen zwischen der „Armee der Grenzen“ der ALN, die unter dem Oberkommando von Oberst Houari Boumediene in Marokko und Tunesien stationiert war, und der politischen Führung, besonders der provisorischen Regierung (GPRA) unter Benyoucef Ben Khedda. Ferner gab es Spannungen innerhalb der ALN zwischen der „Armee der Grenzen“ und der „Armee des Inneren“, den ALN-Kämpfern in den *wilaya-*

as, die sich bald in schweren Kämpfen in der Kabylei und im Raum von Algier zeigten. Die von Frankreich inhaftierten „historischen Führer“ (Ahmed Ben Bella, Hocine Ait Ahmed, Mohammed Boudiaf, Mohammed Khider)⁵ waren nach Abschluß der Evian-Verträge freigelassen worden und vertraten nun völlig verschiedene politische Konzepte. Ahmed Ben Bella schloss eine Allianz mit der Gruppe um Boumediene, der sogenannten Oujda-Gruppe⁶, und realisierte gegen die Provisorische Regierung mit Hilfe der Armee nach dem Einmarsch der ALN-Truppen in Algier im September 1962 seinen politischen Führungsanspruch.

Es folgten drei Jahre der militärischen und politischen Konflikte innerhalb der FLN sowie 1963 ein Grenzkrieg mit Marokko um die Oase Tindouf. Die Regierung Ben Bella entwickelte keine konsistente Politik und konnte dies wegen ihrer beschränkten Handlungsfähigkeit auch kaum. Das beste Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen war von den französischen Siedlern verlassen worden. Die algerischen Landarbeiter versuchten schlecht und recht, den Betrieb aufrechtzuerhalten, z.T. mit spontan gebildeten Selbstverwaltungskomitees. Diese wurden von den Gewerkschaften und den Linken als revolutionäres Projekt gefeiert und durch staatliche Dekrete institutionalisiert. Es kam aber schnell zu Konflikten zwischen diesen Betrieben und privaten Bauern, die z.T. selbst Ansprüche auf die Felder anmeldeten. Maschinen und sonstige Betriebsmittel fehlten, desgleichen Möglichkeiten der Vermarktung. Der Staat versuchte durch das Bereitstellen von Transportmitteln und durch staatliche Direktoren in den Betrieben den Sektor unter Kontrolle zu bekommen.

Es sei daran erinnert, dass die völlig exportorientierte koloniale Landwirtschaft bis 1962 50 % der Exporte stellte, vor allem Wein. Nun gab es in allen Sektoren (Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, öffentliche Arbeiten, Bauwirtschaft) einen Rückgang um 30 %, denn es fehlten überall qualifizierte Arbeitskräfte. 1962 gab es nur zwei (!) algerische Ingenieure. Der FLN hatte zwar bereits während des Krieges damit begonnen, Studenten nach Europa, die USA und in arabische Staaten zu schicken. Ihre Zahl reichte aber bei weitem nicht aus.

Ben Bella versuchte, die im Programm von Tripoli (Mai 1961) festgelegten ökonomischen Ziele des FLN zu verwirklichen, und setzte die Priorität auf die Landwirtschaft mittels Kollektivierungen und Beschränkungen des privaten Eigentums. Dies sollte Kaufkraft und Nachfrage generieren und so eine nach innen gerichtete Industrialisierung, die nicht auf Überseemärkte ausgerichtet ist, herbeiführen. Sozialismus und Nationalisierung sind selbstverständliche Schlag-

5 Im Oktober 1956 hatten die Franzosen das marokkanische Verkehrsflugzeug, in dem sie von Marokko nach Tunis flogen, entführt und sie festgenommen.

6 Nach der marokkanischen Stadt Oujda an der algerisch-marokkanischen Grenze, wo das Hauptquartier der „Armee der Grenzen“ der ALN unter Boumediene stationiert war. Zu dieser Gruppe aus Stabsoffizieren gehörte u.a. der langjährige algerische Außenminister und heutige Präsident Abdelaziz Bouteflika.

worte. Es ging dem FLN hier auch um ökonomische nationale Souveränität, begründet in der kolonialen Ausbeutung, Enteignung und Demütigung.

So ist es wenig verwunderlich, dass Algerien, als ihm im Juni 1963 eine kontrollierende Beteiligung – über die Basisbeteiligung von 20 % hinaus wollte Algerien weitere 13 % – an einem internationalen Pipelineprojekt (TRAPAL, von Haoud El Hamra nach Arzew) von den beteiligten Firmen verweigert wurde, im Dezember 1963 eine eigene Firma für den Transport und die Vermarktung von Kohlenwasserstoffen gründete, die *Société nationale de transport et de commercialisation des hydrocarbures*, kurz SONATRACH, die mit finanzieller Hilfe von Großbritannien und Kuwait die genannte Pipeline dann bis 1966 alleine baute. Um qualifizierte Arbeitskräfte für den Erdölsektor auszubilden, wurden zugleich zwei Institute gegründet, das *Centre africain des hydrocarbures* und das *Institut algérien du pétrole*.

Mit der Machtübernahme durch den Verteidigungsminister Houari Boumediene nach einem Militärputsch am 19. Juni 1965 änderte sich die Wirtschaftspolitik grundlegend. Am 29. Juli 1965 wurden zunächst die ökonomischen Bedingungen der Evian-Verträge durch einen neuen algerisch-französischen Vertrag neu bestimmt. Die Verhandlungen darüber hatten bereits im November 1963 begonnen. Zunächst erhielt Algerien eine größere Zahl an Arbeitsvisa für Migranten nach Frankreich im Austausch für feste Öl- und Gaspreise für französische Firmen, die auf fünf Jahre festgelegt wurden. Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Firma für die Exploration und Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen gegründet, die *Association coopérative (ASCOOP)*, an der SONATRACH und eine neugegründete französische Staatsfirma, die SOPEFAL, zu gleichen Teilen beteiligt waren (für eine Bewertung der gemeinsamen Aktivitäten aus französischer Perspektive Burger 1969, aus algerischer Ghozali 1969). Es war gerade diese Kooperation mit dem französischen öffentlichen Sektor, die es Algerien ermöglichte, außerhalb des damals noch bestehenden internationalen Ölkartells Erfahrungen zu sammeln und eine integrierte Ölindustrie aufzubauen.

3. „Industrialisierende Industrien“: Die ambitionierte Wirtschaftspolitik unter Boumediene bis 1978/79

Boumediene formte nach dieser sogenannten „revolutionären Kurskorrektur“ das Kabinett um und bekleidete selbst die Posten des Präsidenten, des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers. Industrie- und Energieminister wurde der bisherige Direktor von SONATRACH, Belaïd Abdessalam, der sich nun daranmachte, eine ambitionierte Industriepolitik zu betreiben, die einen radikalen Wechsel gegenüber Ben Bellas an der Landwirtschaft orientierten Politik vollzog und zwei Prioritäten setzte: Kapitalakkumulation vor Konsum, Industrialisierung vor Entwicklung der Landwirtschaft. Globales Ziel war die ökonomische Souveränität und Unabhängigkeit Algeriens.

Die Grundidee war, die Rente aus der Öl- und Gasförderung maximal zum Aufbau einer nationalen Industrie zu benutzen, wobei zunächst der Öl- und Gassektor ausgebaut werden sollte. Schwerindustrieprojekte (Stahl, Petrochemie, Maschinenbau) sollten um sich herum in einer inter-industriellen Matrix in einem Industrialisierungsprozess weitere (vor allem kleine und mittlere) Industrien schaffen. Die Erdöl- und Erdgaspolitik war auf rasche und maximale Ausbeutung ausgerichtet: Die nationalen Ressourcen einschließlich der Arbeitskräfte sollten rasch und vollständig innerhalb von Algerien genutzt und in Wert gesetzt werden. Dabei wurde eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erst ab den frühen 1980er Jahren erwartet. Eine strikte Austeritätspolitik mit einer bewussten Beschränkung des Lebensstandard schuf Raum für eine Investitionsrate von über 35 Prozent (nur Japan und die UdSSR lagen höher).

Damit sollten sowohl die Außenorientierung der algerischen Ökonomie, die aus der kolonialen Situation resultierte, als auch die inneren Verwerfungen durch die Unterentwicklung überwunden werden. Hauptinspirator dieser Politik war der französische Ökonom Gérard Destanne de Bernis aus Grenoble (Ghozali/ Destanne de Bernis 1969), neben u.a. Albert O. Hirschman. Öl und Gas sollten zunächst die für die Industrialisierung benötigte Energie zu geringen Kosten bereitstellen. Darüber hinaus sollten sie als Rohstoffe für die industrielle Weiterverarbeitung, vor allem in der petrochemischen und chemischen Industrie, dienen. Ferner sollten sie Investitionskapital generieren.

Die Verbindung mit der Landwirtschaft war ebenfalls ein wichtiger Faktor bei der Industrialisierung: Eine Industrialisierung der Landwirtschaft schafft Nachfrage nach Industriegütern, sorgt für Beschäftigung und daraus resultierender Konsumnachfrage und stellt Rohmaterialien für die industrielle Weiterverarbeitung zur Verfügung. Das durch die daraus resultierende Produktionssteigerung akkumulierte Kapital steht wiederum für Investitionen in die Industrie zur Verfügung. Der Ölsektor spielt auch hier eine Schlüsselrolle. Er liefert zunächst günstige Energie. Dann nach der petrochemischen Verarbeitung Düngemittel und Pestizide. Schließlich ermöglicht er die Herstellung von Kunststoffprodukten und ihre Nutzung in der Landwirtschaft (z.B. Bewässerungsrohre aus Kunststoff, Schutzplanen etc.).

Destanne de Bernis und seinen algerischen Partnern war bewusst gewesen, dass Öl und Gas nicht per se ein Garant für eine unabhängige industrielle Entwicklung sind. Sie müssen in ein kohärentes und globales Entwicklungskonzept und eine Restrukturierung der algerischen Wirtschaft eingebracht werden (Ghozali/ Destanne de Bernis 1969: 272f). Dies erforderte einen abgestimmten Zeitplan für die Konstruktion und Fertigstellung der verschiedenen Fabriken, die aufeinander angewiesen sind, sowie eine Koordination mit der Technisierung der Landwirtschaft. Der Aufbau einer Maschinen- und Werkzeugindustrie, die sowohl Konsumgüter erzeugen als auch Maschinen bauen kann, war sowohl für die industrielle Unabhängigkeit als auch für das angestrebte Wirt-

schaftswachstum geboten. Ghozali und Destanne de Bernis benennen deutlich die Probleme: das Fehlen von Vorprodukten, das Fehlen von Managern und Technikern sowie von qualifizierten Arbeitskräften, die Schwierigkeiten der Koordination einer solchen Industrie, der Vermarktung etc., und machen klar, dass diese Probleme nicht unterschätzt werden dürfen (ebd.: 278). Die Industrialisierungspolitik unterliege zwei Zwängen: dem Zugang zum Weltmarkt und der Verfügbarkeit von Kapital. Algerien müsse in der Lage sein, Erdöl- und Erdgasprodukte am Weltmarkt abzusetzen, und nicht nur Rohöl. Kapital müsse zu normalen Marktkonditionen ohne Diskriminierung zur Verfügung stehen. Es müsse zinsgünstige Kredite für nicht-industrielle Entwicklungsprojekte geben, um eine Überschuldung der Entwicklungsländer zu vermeiden, und die Möglichkeit, Kredite in produzierten Gütern zurückzuzahlen (ebd.: 292f).

Die von Ghozali und Destanne de Bernis benannten Probleme haben sich leider alle in Algerien gezeigt und die schwierige Situation herbeigeführt, unter der Algerien seit bald zwanzig Jahren leidet: Öl und Gas generieren 95 % der Exporterlöse, 60 % der Staatseinnahmen und 30 % des BIP, womit Algerien vollständig vom Weltenergiemarkt und seinen Schwankungen abhängig ist.

Zunächst sicherte sich der algerische Staat durch eine Nationalisierung die Kontrolle über vitale Sektoren: 1966/67 Banken und Versicherungen, 1966 Bergbau, 1968 verarbeitende Industrie. Im Öl und Gasbereich stärkte er zunächst seine Staatsfirma SONATRACH und erweiterte ihr Mandat auf alle Aktivitäten der Branche. Erfahrene Kader und Arbeiter der algero-französischen *SN Repal* wurden systematisch zu SONATRACH geholt. Ab 1967 wurden im Gefolge des arabisch-israelischen Sechstage-Kriegs verschiedene US-amerikanische und britische Firmen verstaatlicht bzw. gekauft und ihre Aktivitäten auf SONATRACH übertragen. Im Oktober 1968 wurde dann ein Joint Venture mit der amerikanischen Getty Petroleum Company eingegangen, das für die nächsten zwanzig Jahre als Muster für alle Verträge mit ausländischen Partnern diente. SONATRACH hielt 51 % und fungierte als Operator. Der ausländische Partner übernahm alle Risiken und finanziellen Lasten in der fünfjährigen Explorationsphase. Alle Bodenrechte blieben bei SONATRACH. Rechte erhielt der ausländische Partner nur aus der Partnerschaft selbst. Bis Anfang 1971 kontrollierte SONATRACH 30 % der Produktion und 60 % der Distribution und der Raffinerien. Anfang 1971 – nach erfolglosen Verhandlungen mit Frankreich im Rahmen des Abkommens von 1965 über einen fairen Ölpreis und nachdem die französischen Ölfirmen sich mit dem anglo-amerikanischen Kartell verbündet hatten – übernahm Algerien 51 % der Anteile von allen ausländischen Firmen, einschließlich der französischen. Alle Transportmittel, vor allem das Pipelinennetz, und die gesamte Erdgasproduktion wurden vollständig verstaatlicht. Nach einem kurzzeitigen Boykott ließen sich alle französischen Firmen auf eine Zusammenarbeit mit SONATRACH auf Grundlage der Getty-Konditionen ein, einschließlich verbindlicher Verpflich-

tungen zu Investitionen, denn zwischen 1965 und 1971 waren die Explorationsaktivitäten der privaten französischen Ölfirmen zum Erliegen gekommen.

In allen seinen Verträgen war – und ist – SONATRACH zwar stets daran gelegen, durch die Partnerschaft Wissen zu gewinnen und das Ölgeschäft in all seinen Aspekten besser beherrschen zu lernen. Auf Grund der prägenden Kolonialerfahrung verfolgt(e) Algerien aber einen ausgeprägten Ressourcennationalismus und deshalb auch für SONATRACH eine kostspielige „Do-it-alone“-Politik, wobei den ausländischen Partnern erst seit Ende der 1990er Jahre auch operative Aktivitäten und Führerschaft in Projekten zugestanden wird.

Algerien investierte enorme Summen in die technische Infrastruktur des Kohlenwasserstoffsektors: Raffinerien sowie Öl- und Gaspipelines wurden gebaut, außerdem Gasverflüssigungsanlagen (für LNG: *liquified natural gas*) und Verschiffungsterminals. Ferner entstand eine algerische Flotte von LNG-Tankern. Gas konnte, da Pipelines durch das Mittelmeer noch nicht existierten, nur verflüssigt exportiert werden. Die Kosten für diese Anlagen, bei denen Algerien weltweit eine Pionierrolle einnahm, waren gigantisch. Die Industrialisierungspolitik basierte allerdings wesentlich auf dem algerischen Erdgas, das zu den weltweit größten Gasvorkommen zählt und von hoher Qualität ist. Das Erdöl ist zwar auch von hoher Qualität, die vorhandenen Vorkommen können aber keinem Vergleich mit nahöstlichen Vorkommen standhalten und sind darüber hinaus nur zu erheblich höheren Kosten als z.B. am Golf zu fördern.

Weitere Industrieanlagen vom neuesten technologischen Stand wurden vor allem in den USA, Deutschland und Japan gekauft. Da algerische Fachkräfte und die entsprechend die Planungskapazitäten fehlten, mussten die Verträge in der Regel von „schlüsselfertig“ zu „produktionsfertig“ geändert und häufig ausländische Fachkräfte angeworben werden. Dies schuf eine technologische Abhängigkeit vom Ausland. Viele Industrieanlagen waren extrem störanfällig. Es kam zu enormen Verzögerungen bei der Fertigstellung der Anlagen und zu Investitionsstaus. Es fehlten sowohl algerische Vorprodukte als auch Abnehmer für die erzeugten Produkte. Durch die fehlende technologische Kohärenz des produzierenden Sektors kam es nur sehr beschränkt zu einer interindustriellen Integration. Die Lohnzuwächse der Gutasgebildeten waren geringer als die der unqualifizierten Arbeitskräfte. Aus ihrem relativ sinkenden Einkommen resultierte eine geringere Produktivität. Die Industrien wurden an den Küsten in den besten landwirtschaftlichen Gebieten angesiedelt. Landwirtschaftlich nutzbares Land ging verloren, desgleichen Wasser, das nun für die Industrie benötigt wurde. Das Problem der Umweltverschmutzung zeichnete sich ebenfalls bald ab. Statt dass es zu einer Ausstrahlung der „Entwicklungspole“ kam, hatten die Industriezonen parasitäre Effekte. Die Landflucht verstärkte sich und damit die Wohnungsnot. Entwicklungsprojekte in der Peripherie scheiterten regelmäßig. Der Privatsektor machte, da er seine Vorprodukte oft unter den Herstellungskosten vom Staatssektor kaufte, einfache

Technologie und billige Arbeitskräfte nutzte, stattliche Gewinne. Da die staatlichen Projekte nur kapitalintensiv, aber nicht arbeitsintensiv waren, wurden trotz der gigantischen Investitionen kaum Arbeitsplätze geschaffen. In die Landwirtschaft, den Wohnungsbau, das Erziehungs- und das Gesundheitswesen wurde, allen gegenteiligen Versprechungen zum Trotz, zu wenig investiert. Ein entwickelter Banksektor fehlte und wurde auch nicht aufgebaut. Auch die 1971 verkündete „Agrarrevolution“ änderte nichts am Niedergang der Landwirtschaft, so dass mehr und mehr Nahrungsmittel importiert werden mussten. Seit 1974 muss ca. ein Viertel der Öl- und Gaseinnahmen für Nahrungsmittelimporte verwendet werden (Lawless 1984). Kurz, die schlimmsten Befürchtungen von Ghozali und Destanne de Bernis haben sich bewahrheitet.

Bereits Ende der 1970er Jahre war Algerien zu einem hohen Grad von den Exporterlösen des Ölsektors abhängig. Stellte dies in den 1970er Jahren nach dem Ölpreisschock von 1973 noch kein so großes Problem dar und war ja auch zu dieser Zeit bewusst gewollt, um die Industrialisierung voranzubringen, so zeigte der Ölpreiskollaps von 1986 die Verletzlichkeit der algerischen Ökonomie drastisch auf und führte zu einer politischen Krise, welche die politische Struktur Algeriens erheblich veränderte.

Vor allem nach den Nationalisierungen von 1971, als Algerien mit SONATRACH nahezu den gesamten Kohlenwasserstoffsektor kontrollierte, kristallisierte sich, wie Aïssaoui (2001: 88-125) zeigt, eine auf Maximalisierung der Öl- und Gasförderung angelegte Strategie heraus, niedergelegt in dem Plan VALHYD (Valorisation des Hydrocarbures), der 1977 von der amerikanischen *International Bechtel Corporation* für SONATRACH erarbeitet worden war. Vor allem die reichen Erdgasvorkommen, die zu den größten der Welt zählen, sollten Einkommen generieren. Diese Politik eines Wechsels von Öl zu Gas wurde auf Initiative des damaligen Industrie- und Energieministers Belaid Abdesselam 1976 in die „Nationale Charta“ aufgenommen. Als Zeithorizont für die Ausbeutung der algerischen Vorkommen wurde 1976 bis 2005 festgelegt (vgl. Abdessalam 1989).

Diese Politik war integraler Bestandteil der bereits ausführlich skizzierten allgemeinen Entwicklungsstrategie. Der Rückgriff auf die Kohlenwasserstoffrente sowie auf Kredite, die für Algerien wegen seiner natürlichen Ressourcen leicht zu bekommen waren, führte zu extremen ökonomischen Verwerfungen und verhinderte sogar die angestrebte vernetzte Wirtschaft. Wegen des extremen Nationalismus und des Strebens nach Unabhängigkeit – Algerien war eine treibende Kraft sowohl in der OPEC als auch in der Bewegung der Blockfreien – verzichtete Algerien auf günstige Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds und deckte seinen Kapitalbedarf auf dem freien Markt. Dies führte dann zu einer massiven Schuldenkrise und zu tatsächlicher Abhängigkeit vom IWF.

4. Ein radikaler Wechsel: Die „Schlacht ums Gas“ und die wirtschaftliche Krise der 1980er Jahre

Der plötzliche Tod von Präsident Boumediene in Dezember 1978 brachte jedoch einen radikalen Politikwechsel. Abdesselams Erzrivale Belkacem Nabi wurde neuer Energieminister und reduzierte massiv das VALHYD-Programm.⁷ Der Schwerpunkt der Politik lag nun auf Konservierung der Ressourcen und Sicherstellung der Eigenversorgung. Zudem wurde SONATRACH, die auf weit über 100.000 Mitarbeiter angewachsen war, zerschlagen, ebenso wie andere Staatsfirmen auch. Boumedienes Nachfolger, der Oberst Chadli Benjedid verfügte nicht über die persönliche Autorität seines Vorgängers, der gestützt auf den Revolutionsrat die Partei des FLN mehr oder minder ignoriert hatte (Roberts 1993). Benjedid musste deshalb stärker auf den FLN zurückgreifen. Der FLN konnte so erstmals Hand auf die Energiepolitik legen, u.a. durch Sitz im neu geschaffenen Nationalen Energierat. Die FLN-Führung glaubte an eine starke Stellung der OPEC nach der islamischen Revolution im Iran sowie an hohe Ölpreise und wollte maximale Gewinne aus den laufenden Gaslieferverträgen. Diese wurden als unprofitabel eingestuft. Dabei muss man wissen, dass Gaslieferverträge wegen der hohen Investitionen in die erforderliche Infrastruktur in der Regel eine Laufzeit von 20 Jahren und mehr haben. Da es nur einen ganz kleinen Spotmarkt für Gas gibt, sind komplexe Preisformeln zu entwickeln, die auf Marktveränderungen reagieren können. Meist wird der Gaspreis an einen Korb verschiedener Benzin- und Schwerölpreise mit einem Zeitfaktor gekoppelt. In der Folge der sich nun entspannenden „Schlacht ums Gas“ kapituliert die staatliche Gesellschaft SONATRACH aus dem Markt, denn es fand für das Gas aus seinen geplatzten amerikanischen Verträgen keine Käufer, konnte es doch gegen das billige Pipeline-Gas aus der UdSSR in Europa nicht konkurrieren. Auch die gesamte LNG (Flüssiggas)-Infrastruktur wurde durch die fehlende Auslastung in Mitleidenschaft gezogen, so dass bis Ende der 1980er Jahre ein Drittel der nominalen Kapazität verloren war. Innerhalb von sechs Jahren verlor Algerien mehr als die Hälfte seines Marktanteils auf dem Gasmarkt. Die Eröffnung der Trans-Med-Gaspipeline über Tunesien nach Italien im Juni 1983 konnte daran zunächst auch nichts ändern. Unter Chadli Benjedid wurde auch unter dem FLN-Slogan „Für ein besseres Leben“ die Austeritätspolitik Boumedienes aufgegeben und der Lebensstandard der Bevölkerung durch den massiven Import von Konsumgütern – oft auf Kredit – erhöht, denn die algerische Wirtschaft konnte diese Güter nicht bereitstellen. Mit dieser Politik sollten die sozialen und ökonomischen Erwartungen nach Jahren der Versprechungen erfüllt werden. Dabei breitete sich die Korruption rasant aus: Zum einen durch die staatlichen Großprojekte, zum

7 Siehe für die gegensätzlichen Positionen die Bücher, in denen Abdessalam (1989) und Nabi (1991) miteinander und mit ihrer jeweiligen Politik scharf abrechnen.

anderen durch die staatliche Kontrolle der Importe und des Handels. Die Armee als oberste Macht und die Spitzen der Bürokratie bereicherten sich und zeigten dies durch einen ostentativen Lebensstil. Der Dinarmilliardär Rafik Khalifa mit seinem 2003 untergegangenen Konzern ist ein Beispiel für diese Prozesse (Addi 2003: 11). Der ehemalige Premierminister Brahimi gab an, die Eliten hätten in den 1980er Jahren ca. 26 Mrd. US-Dollar an Bestechungsgeldern kassiert.

Die Fragen nach einem „Staatskapitalismus“ und der Bürokratie als „Staatsklasse“ sind heftig diskutiert worden (Ruf 1997: 91f; Roberts 1983). Wie auch immer, es gibt in Algerien erkennbar keinen am allgemeinen Interesse orientierten und an Recht und Gesetz gebundenen öffentlichen Dienst. Stattdessen gibt es ein Netz von Patron-Klient-Beziehungen: Der Bürger muss Beamte kennen, um überhaupt zu seinem Recht und zu Dienstleistungen zu kommen. Staatsaufgaben werden so zu Quellen der Bereicherung. Der Beamte wiederum braucht zur Stärkung seiner Macht und seiner Karriere eine Klientel. Die höheren Staatsbeamten rekrutieren sich beinahe ausschließlich aus der Gruppe derer, die eine französische Erziehung genossen haben.⁸ Schon bald nach der Unabhängigkeit waren es die alten Handelsbourgeoisien aus Constantine und Tlemcen, die, oft mittels Heiraten, den Zugang zur Bürokratie – und damit zur staatlichen Wirtschaft und ihren Aktivitäten – kontrollierten (Roberts 1983: 105, 109f). Die Masse der Arabophonen war und ist trotz des Rufes der Revolution, „Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache, Algerien mein Vaterland“, vollkommen marginalisiert, auch nach einem Universitätsstudium. Wer keine Beziehungen hat, ist verloren und erfährt *hogra*, die Erniedrigung und Demütigung, genauso wie zur Kolonialzeit. So überrascht die Explosion von gewaltsamen Protest im Oktober 1988 nicht, bald verbunden mit einer islamischen Artikulation alternativer Politik (vgl. Roberts 1988). Der Ölpreisverfall im Gefolge des 1. Golfkrieges zwischen dem Irak und Iran hatte die Einnahmen des algerischen Staates ab 1985/86 halbiert. Die Schulden gerieten außer Kontrolle und der Staat konnte keine sozialen Wohltaten mehr verteilen, ja, noch nicht einmal mehr alle wesentlichen Güter importieren.

5. Öffnung, Pluralismus, Privatisierung und Bürgerkrieg: Algerien seit 1989

Als dann erneut 1989 – in einem Kontext großen sozialen und ökonomischen Drucks – ein Politikwechsel hin zu Expansion einsetzte, waren große Investitionen nötig, um erneut Exportkapazitäten im Gassektor zu schaffen. Außerdem musste der Upstream-Sektor für internationale Ölfirmen geöffnet werden,

8 Dies verstärkte sich während der Industrialisierungsphase durch die Abhängigkeit vom Ausland noch. Heute spielt – zumindest in der Ölindustrie – Englisch eine zusehends dominierendere Rolle.

um Kapital und Wissen für Exploration und Entwicklung zu beschaffen, war SONATRACH doch fast zwanzig Jahre alleine in diesen Bereichen tätig und damit nun endgültig technisch wie finanziell völlig überfordert. Die bis dahin in Algerien übliche Explorationsabgabe hatte 1986 nur eine ausländische Firma übrig gelassen; alle anderen hatten sich aus Algerien zurückgezogen. Das 1986 geänderte Recht hatte neben Partnerschaften auch andere Kooperationsformen mit internationalen Firmen möglich gemacht, allerdings mit einer 51 %-Beteiligung von SONATRACH und unter Ausschluss einer Beteiligung an existierenden Ölfeldern sowie dem Gassektor. Versuche, auch den Gassektor und bestehende Felder zu öffnen, stießen zunächst auf heftige emotionale Reaktionen, verursacht durch die kolonialen Erfahrungen und den daraus resultierenden Ressourcennationalismus, bevor weitere Gesetzesänderungen 1991 diese Öffnung ermöglichten. Aïssaoui (2001: 101-108), der an der Ausarbeitung der Gesetze beteiligt war, beschreibt sehr präzise den damit verbundenen Paradigmenwechsel. Drei Ziele setzte sich die neue Energiepolitik: Vergrößerung der Reserven und der Produktion durch ein intensives Explorations- und Entwicklungsprogramm, Verbesserung der Förderausbeute in bestehenden Feldern (*Enhanced Oil Recovery: EOR*) und Vermarktung aller entdeckten, aber noch nicht entwickelten Gasfelder. Mit Ausnahme des EOR-Programms hatte SONATRACH Glück. Zahlreiche ausländische Firmen schlossen Explorations- und Produktionsverträge. Etliche Entdeckungen wurden gemacht, darunter Weltklassefunde im Berkine-Becken. Seit 1992 – als die Wahlen abgebrochen und der FIS (*Front islamique du salut*) verboten wurde – spielt allerdings die Sicherheitslage eine bedeutende Rolle und erschwert Vorhaben, vor allem im EOR-Bereich, auch wenn der Ölsektor bemerkenswerterweise weitgehend von Gewalt verschont blieb. 1995 gelang es jedoch, mit BP einen wichtigen Vertrag über die Entwicklung und Vermarktung des In Salah-Gasfeldes abzuschließen. Aïssaoui macht trotz der positiven Reaktionen der internationalen Ölinindustrie auf die algerischen Öffnungen von 1986 und 1991 drei kritische Punkte aus: Die komplexe Managementstruktur von SONATRACH und anderen staatlichen Unternehmen, die Vertragsbedingungen, die nicht flexibel genug auf Änderungen der Rahmenbedingungen (höhere Entwicklungskosten oder niedrigere Ölpreise) reagieren, sowie staatliche Regulierungen der Fördermengen und OPEC-Quoten sind für internationale Ölfirmen problematisch. Die Zeitverzögerungen bei Projekten in Algerien sind durch die komplexen Entscheidungsstrukturen im internationalen Vergleich extrem.

SONATRACH wurde erneut zu einem integrierten, international operierenden Ölmulti umgestaltet. Die vom derzeitigen Energieminister Khelil 2001 skizzierten neuen rechtlichen, fiskalischen und institutionellen Rahmenbedingungen würden die Industrie völlig umgestalten. SONATRACH würde im Upstream-Sektor von hoheitlichen Aufgaben (Konzessionsvergabe, Datenverwaltung) befreit, die an eine neue Agentur gingen. Eine Assoziation mit

SONATRACH wäre nicht mehr erforderlich; SONATRACH wäre eine Gesellschaft unter anderen. Im Midstream-Bereich würde SONATRACHs Monopol enden, im Downstream-Bereich Konkurrenz möglich. Für Gasverkäufe würde ein Komitee aus allen gas-produzierenden Gesellschaften gebildet, welches die Preise festsetzt. Das vorgeschlagene Steuermodell weist Ähnlichkeiten zu dem in der Nordsee üblichen auf. Bei einer Umsetzung dieser Vorschläge würde Algerien sich in den derzeitigen Trend des „weniger Staat, mehr Markt“ einfügen. Bislang ist allerdings noch nichts geschehen: Es scheint sich um eine Anpassung an den international vorherrschenden Diskurs zu handeln, auch wenn Teile des höheren Managements von SONATRACH seit Jahren für eine solche Entwicklung kämpfen.

Der IWF, der mit der Weltbank diesen Diskurs wesentlich bestimmt, hat 1992 unter Michel Camdessus (und starkem französischen Druck, vgl. Roberts 1994) ein Umschuldungsabkommen mit Algerien geschlossen und, wie üblich, die Privatisierung von Staatsbetrieben gefordert. Nach Ansicht von Addi (2003: 11f) verstärken die eingeleiteten Privatisierungen den Rentencharakter der Ökonomie sogar noch. Die Mittelschicht verarmt seitdem. Und die „islamistische“⁹ Gewalt hilft, diese Privatisierungen durchzusetzen, indem Fabriken etc. zerstört oder missliebige Konkurrenten getötet werden und die Arbeiter wegen des Ausnahmezustandes nicht dagegen demonstrieren können (vgl. auch Martinez 1998: 189ff). Wie Omar Benderra zeigt (2003), wird im Zusammenspiel von Bürokratie und Privatwirtschaft oft gezielt der formelle Konkurs von an sich gesunden Staatsfirmen herbeigeführt, um sich deren Aktiva günstig aneignen zu können. Investitionen werden dabei nicht getätigt, nur Profite gemacht. Die Privatisierung brachte so nur 200 Mio. US-Dollar. Die sozialen Auswirkungen und die Schuldentilgung dieser Maßnahmen kosteten aber nach Benderra 3,5 Mrd. US-Dollar.

Auch politisch öffnete sich das Land ab 1989: Das Monopol des FLN wurde aufgebrochen, Parteienpluralismus erlaubt. Als die FIS jedoch die zweite Runde der nationalen Parlamentswahlen zu gewinnen drohte, wurden die Wahlen im Januar 1992 vom Militär abgebrochen. Nach dem Verbot des FIS im Frühjahr brach dann ein Bürgerkrieg aus, der bis heute andauert. Auch die Wiedereinführung eines formalen Parteienpluralismus nach 1996 ändert nichts daran, dass die Macht – und die Kontrolle der nationalen Ressourcen – immer noch beim Militär liegt.

Da vor allem Südeuropa durch die beiden Gaspipelines (Trans-Med über Tunesien nach Italien, Maghreb-Europa über Marokko nach Spanien) zu einem hohen Grade mit algerischen Gas versorgt wird (Spanien zu über 60 %), gab

9 Es sind nicht nur Islamisten, die für die sog. „islamistische“ Gewalt verantwortlich sind, sondern maßgeblich auch die staatlichen Sicherheitsdienste, allen voran der Militärische Sicherheitsdienst SM, wie jüngste Veröffentlichungen zeigen (vgl. Samraoui 2003).

es keinen europäischen Protest gegen den Militärputsch. Die USA hatten zwar eine offenere Haltung gegenüber dem FIS, mischten sich aber nicht ein. Ihr Einfluss nimmt aber zu, da seit 1998 die meisten Investitionen im Öl- und Gasbereich von amerikanischen oder anglo-amerikanischen Firmen stammen. Über Halliburton, die seit langen in Algerien aktiv sind, gibt es exzellente Kontakte zum amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney und Bush senior. Seit Anfang der 1980er Jahre gibt es ein algerisch-amerikanisches militärisches Ausbildungsprojekt, seit 2002 gemeinsame Manöver (Ruf 2003). Die Beteiligung am „Kampf gegen den Terror“ hat den algerischen Militärs vollends freie Hand im Kampf gegen die bewaffnete Opposition bzw. gegen missliebige Gegner gegeben.

6. Perspektiven

Eine weitere Liberalisierung scheint kein Heilmittel für die Krise zu sein. Wirtschaftlich müssten die Staatseinnahmen ausgeweitet und die Nicht-Öl-Wirtschaft belebt werden, vor allem in arbeitsintensiven Sektoren wie Landwirtschaft, Dienstleistungen oder produzierendem Gewerbe. Dass der Wohnungsbau in Algerien derzeit von einer staatlichen chinesischen Firma mit 22.000 chinesischen Arbeitern betrieben wird, und nicht von Algeriern, ist ein deutliches Zeichen (*Süddeutsche Zeitung* vom 13. April 2004). Ein Fonds aus Öl- und Gaseinnahmen als Vorsorge wird diskutiert, müsste aber vor Einflussnahme abgeschirmt sein, was momentan unwahrscheinlich ist. Die derzeitigen Anreizstrukturen, die auf allen Ebenen nach Renten suchen lassen, müssten radikal umgebaut werden. Politisch müssten die Regierung und die Bürokratie für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden können sowie eine Trennung von Armee und Politik vollzogen werden. Alles dies erscheint auf unabsehbare Zeit schlicht als utopisch. So wird die algerische Krise und das Leid der überwältigenden Mehrheit der Algerier durch das egoistische und zynische Verhalten der algerischen Eliten und das Schweigen und die Duldung durch den Westen weitergehen.

Literatur

- Abdessalam, Belaïd (1989): *Le gaz algérien. Stratégies et enjeux*, Alger.
- Addi, Lahouari (2003): Einzigartig: Die algerische Krise, in: *INAMO*, Nr. 35, 9-13.
- Ageron, Charles-Robert (1999): *Histoire de l'Algérie contemporaine (1830-1999)*, Paris.
- Aïssaoui, Ali (2001): *Algeria: The Political Economy of Oil and Gas*, Oxford.
- Benderra, Omar (2003): Netzwerke an der Macht: Impllosionen des Staates und Raubwirtschaft, in: *INAMO*, Nr. 35, 23-27.
- Burger, Jean-Jacques (1969): L'Association coopérative franco-algérienne pour la recherche et la production des hydrocarbures, in: *Revue algérienne des sciences juridiques économiques et politiques*, Vol. 6, No. 1, 173-179.
- Cornet, Pierre (1960): *Du mirage au miracle: Pétrole saharien*, Paris.
- Elsenhans, Hartmut (1999): *La guerre d'Algérie 1954-1962. La transition d'une France à une autre. Le Passage de la IVe à la Ve République*, Paris.

- Fanon, Frantz (1981): *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt/Main.
- Ghozali, Sid-Ahmed (1969): L'Association coopérative algéro-française: ses buts, son bilan, ses perspectives, in: *Revue algérienne des sciences juridiques économiques et politiques*, Vol. 6, No. 1, 165-171.
- Ghozali, Sid-Ahmed und Gérard Destanne de Bernis (1969): Les hydrocarbures et l'industrialisation de l'Algérie, in: *Revue algérienne des sciences juridiques économiques et politiques*, Vol. 6, No. 1, 253-294.
- Goumeziene, Smail (1994): *Le mal algérien. Économie politique d'une transition inachevée 1962-1994*, Paris.
- Lawless, Richard I. (1984): Algeria: The Contradictions of Rapid Industrialisation, in: Richard Lawless and Allan Findlay (eds.): *North Africa: Contemporary Politics and Economic Development*, London, New York, 153-190.
- Mahiout, Rahab (1974): *Le pétrol algérien*, Alger.
- Malek, Redha (1995): *L'Algérie à Évian. Histoire des négociations secrètes 1956-1962*, Paris.
- Martinez, Luis (1998): *La guerre civile en Algérie 1990-1998*, Paris.
- Nabi, Belkacem (1991): *Où va l'Algérie? Dépendance, hydrocarbures, indépendance*, Alger.
- Roberts, Hugh (1983): The Algerian Bureaucracy, in: Talal Asad and Roger Owen (eds.): *Sociology of "Developing Societies": The Middle East*, London, 95-114.
- (1988): Radical Islamism and the dilemma of Algerian nationalism: The embattled Arians of Algiers, in: *Third World Quarterly*, Vol. 10, No. 2, 556-589.
- (1993): The FLN. French conceptions, Algerian realities, in: George Joffé (ed.): *North Africa: nation, state, and region*, London, 111-141.
- (1994): Meddling while Algeria burns, in: *Index on Censorship*, Vol. 23, No. 4/5, 154-160.
- Ruf, Werner (1997): *Die algerische Tragödie. Vom Zerbrennen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft*, Münster.
- Ders. (2003): Algier - Washington: Eine Beziehung der besonderen Art, in: *INAMO*, Nr. 35, 19-22.
- Samraoui, Mohammed (2003): DRS, GLA: Die staatsgefälligen Heilsarmeen, in: *INAMO*, Nr. 35, 14-18.
- Scheffler, Thomas (1995): *Die SPD und der Algerienkrieg (1954-1962)*, Berlin.
- Schliephake, Konrad (1975): *Erdöl und regionale Entwicklung. Beispiele aus Algerien und Tunesien*, Hamburg.
- Stora, Benjamin (2001): *Histoire de la guerre d'Algérie (1954-1962)*, Paris.